

Anträge für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai 2025

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangs- datum	zust. Aus- schuss	Zustän- dige/s Amt /Ämter
Anträge				
218	Antrag des Ausländerbeirates: Errichtung einer Gedenkstätte für jüdische Geschichte in Fulda in der Innenstadt	28. März 2025	SKA	41
219	Antrag des Ausländerbeirates: Sanierung und Bau eines Vordaches des islamischen Friedhofes	28. März 2025	ABK	65 / 69
220	Antrag der AfD-Fraktion: Mehr demokratischen Austausch ermöglichen – Änderung der Geschäftsordnung	07. April 2025	HFA	10
221	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verkaufsverbot von Lachgas an Minderjährige	22. April 2025	HFA	30
222	Antrag der AfD-Fraktion: Achtung des demokratischen Selbstverständnisses aller gewählter Vertreter und Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung	02. Mai 2025	HFA	10
223	Antrag der SPD/Volt-Fraktion: Strom- und Telekommunikationskästen im Innenstadtbereich künstlerisch gestalten lassen	13. Mai 2025	ABK	Büro StBR
224	Antrag der SPD/Volt-Fraktion: Verkehrskonzept für die Friedrichstraße	13. Mai 2025	DWA	61.2 / 35
225	Antrag des Vertreters BfO: Pauschale Diffamierung unterbinden	13. Mai 2025	HFA	30
226	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Bollerwagen-Verleih zum Hessentag – familienfreundlich und nachhaltig	13. Mai 2025	HFA	Hessentagsbüro
227	Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen: Familienfreundliche Eintrittspreise für das Sportbad Rosenau	13. Mai 2025	SKA	BBG
228	Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen: Hessentagsbäume – Grünes Erbe für unsere Stadt	13. Mai 2025	HFA	Hessentagsbüro / UWZ
229	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hitzeschutz beim Hessentag	13. Mai 2025	HFA	Hessentagsbüro
230	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kulturkalender Fulda	13. Mai 2025	SKA	Presse- stelle
231	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Radfreundlicher Hessentag 2026 – nachhaltige Mobilität fördern	13. Mai 2025	HFA	Hessentagsbüro

232	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Stadtgeschichte erlaufen – Fenster in Fuldas (Kultur)Geschichte	13. Mai 2025	SKA	81 / Büro StBR
233	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ausbau Ladeinfrastruktur aus dem Elektromobilitätskonzept	13. Mai 2025	ABK	61 / ZC
234	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfung zur Digitalen Souveränität in der Stadtverwaltung	13. Mai 2025	DWA	10



218

Die Stadtverordnetenversammlung

Eing.: 28. März 2025

h. Ka.

FULDA
UNSERE STADT

STADT FULDA
AUSLÄNDERBEIRAT

Der Magistrat der Stadt Fulda · Postfach 20 52 · 36010 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Abteilung: Ausländerbeirat der
Stadt Fulda
Geschäftsstelle des
Ausländerbeirats

Telefon: 0661 102-1909

E-Mail: Elena.Martou@fulda.de

Unser Zeichen: 51

Gebäude: Behördenhaus am
Schlossgarten
Heinrich-von-Bibra-Platz 5-9
(Eingang Kurfürstenstraße)

Fulda, den 11.03.2025

Antrag auf Errichtung einer Gedenkstätte für jüdische Geschichte in Fulda in der Innenstadt

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

nach mehrmaligen Diskussionen in verschiedenen Sitzungen des Ausländerbeirates beantragt der Ausländerbeirat der Stadt Fulda, dass eine weitere Gedenkstätte für jüdische Geschichte in der Innenstadt von Fulda errichtet wird. Diese soll im Besonderen der Erinnerung an jene jüdischen Menschen und deren Familien dienen, die in der Zeit des Nationalsozialismus in Fulda diskriminiert und letztlich auch deportiert und ermordet wurden. Außerdem soll die Gedenkstätte an einem belebten und hoch frequentierten Ort in der Fuldaer Innenstadt errichtet werden, um die Erinnerung an die Zeit des Faschismus und die Gräueltaten der Nationalsozialisten zwischen 1933 und 1945 lebendig zu halten und sie jetzigen und künftigen Generationen, auch in der heutigen politisch schwierigen Zeit mit zunehmendem Nationalismus und rechtem Gedankengut in ganz Europa und der Welt, erneut ins Gedächtnis zu rufen.

Bisher:

Es existiert in Fulda zwar bereits eine Gedenkstätte am Jerusalemplatz im Innenstadtbereich, jedoch ist diese wenig frequentiert und in der Wahrnehmung der Fuldaer Bevölkerung daher eher unbekannt und spielt deshalb im Leben und Bewusstsein der Menschen in Fulda auch eine weitestgehend untergeordnete Rolle. Wir erkennen an, dass die Stadt Fulda in dieser Hinsicht bereits einiges geleistet hat. Dennoch halten wir die Errichtung einer weiteren Gedenkstätte für erforderlich.

Änderung:

Der Ausländerbeirat nimmt daher die in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung vorgestellten Planungen am alten jüdischen Friedhof zustimmend zur Kenntnis und würde es begrüßen, wenn die Ideen des Ausländerbeirats bei der Realisierung berücksichtigt werden. Diese Ideen des Ausländerbeirats sind in der Begründung nochmals folgend dargelegt.

Begründung:

Im Jahr 1933 lebten 1.058 jüdische Personen in der Stadt, was einem Anteil von 3,89 % bei insgesamt 27.753 Einwohnern entsprach. Jedoch sind in den Folgejahren auf Grund des politisch angeordneten wirtschaftlichen Boykotts, der zunehmenden Entrechtung und Repressalien aus Fulda weggezogen oder ins Ausland ausgewandert. So wurden etwa am 01. April 1933 mehr als 100 Geschäfte und Unternehmen boykottiert, die von jüdischen Mitbürgern betrieben wurden und in dessen Folge diese ihre Geschäfte aufgeben mussten. Auf Grund der Abwanderung jüdischer Mitbürger lebten am 01. April 1937, also 4 Jahre danach, nur noch etwa 852 Menschen jüdischer Konfession in Fulda. Zwar waren in den Folgejahren wieder 1.545 jüdische Menschen in Fulda gemeldet, die teilweise auch aus den umliegenden Dörfern nach Fulda gekommen waren, jedoch sind 940 dieser Menschen ins Ausland geflohen und bis Kriegsende insgesamt 600 Männer, Frauen und Kinder jüdischen Glaubens in Konzentrationslager deportiert und ermordet worden. Alleine zwischen 1940 und 1942 wurden 252 jüdische Einwohner Fuldas deportiert.

Die Wichtigkeit einer solchen Gedenkstätte zur Aufrechterhaltung der Erinnerung an die Geschichte und Lebensgeschichten jüdischer Menschen in Fulda kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Abdulkerim Demir
Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda



219

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 2. März 2025

J. Ke.

FULDA
UNSERE STADT

STADT FULDA
AUSLÄNDERBEIRAT

Der Magistrat der Stadt Fulda · Postfach 20 52 · 36010 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Abteilung: Ausländerbeirat der
Stadt Fulda
Geschäftsstelle des
Ausländerbeirats

Telefon: 0661 102-1909

E-Mail: Elena.Martou@fulda.de

Unser Zeichen: 51

Gebäude: Behördenhaus am
Schlossgarten
Heinrich-von-Bibra-Platz 5-9

(Eingang Kurfürstenstraße)

Fulda, den 11.03.2025

Antrag auf Sanierung und Bau eines Vordaches des islamischen Friedhofes

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda schlägt der Stadt dringlichst vor, sich dafür einzusetzen, dass der vorhandene Waschraum mit Sanitäranlagen runderneuert wird und ein Vordach errichtet wird, bei dem man bei der Verabschiedung von Verstorbenen nicht der schlechten Witterung ausgesetzt wird sowie die Erweiterung des Parkplatzes.

Begründung:

In dem Waschraum des Friedhofes fehlen folgende Sanitärgegenstände bzw. Ausstattung, sowie Parkplätze für die Angehörigen und Gäste:

- Mülltonnen sind nicht vorhanden
Zurzeit müssen die Verwandten eines Verstorbenen den Müll mitnehmen. Diese Situation ist sehr schmerzhaft (Mülltonnen sollen ausreichend vorhanden sein, die nach jeder Waschung durch den Hausmeister geleert werden sollen)
- Fehlende geeignete Reinigung nach dem Leichenwaschen
Zurzeit zahlen die Angehörigen der Verstorbenen 200,00 € für die Reinigung des Waschraumes. Der Waschraum ist ständig sehr ungeräumt und oftmals Menschenunwürdig (Es soll eine Reinigungsfirma beauftragt werden, welche nach jeder Waschung den Raum reinigt und die Kosten von der Stadt Fulda übernommen werden. Die Stadt soll den Angehörigen diese Gebühren in Rechnung stellen.)
- Fehlendes Mobiliar (Garderobe und ein Metalltisch, auf welchem man Material zur Reinigung abstellen kann).
Zurzeit ist nur ein Tisch für den Verstorbenen vorhanden, der nicht gut genug geeignet ist. (Es soll ein Metalltisch für den der die Waschung vornimmt, aufgestellt werden sowie eine Garderobe für Kleidung aufgehängt werden)
- Fehlender Metallschrank in welchen man die Hygieneartikel aufbewahren kann.
Weiterhin fehlen Schränke für Putzmaterialien sowie die Putzmaterialien und ein geeigneter Reinigungsschlauch (Es sollen 2 Metallschränke vorhanden ein, in welchen man Waschmittel sowie Putzmaterial separat oder getrennt lagern kann)

- Die Innentüren sind aus Holz. Durch das Wasser sind diese aufgequollen und für einen Waschraum nicht geeignet. (Die Innentür soll durch eine PVC- bzw. Metalltür, welche nicht rostet und für Wasser geeignet ist, ersetzt werden)
- Der Zentralfriedhof ist oft nicht erreichbar und nicht kooperativ. Deshalb sollte ein Ersatzschlüssel für den Waschraum sowie für die Eingangstüre in einem Verein, der sich für diesen Dienst bereitstellt, hinterlegt werden.
- Heißwasserprobleme: Zurzeit ist eine Heißwassertherme vorhanden. Dieser ist für die Waschung eines Verstorbenen nicht geeignet, da der Boiler viel zu klein ist. Die Angehörigen müssen mit Wasserkochern zusätzlich warmes Wasser aufkochen. Samstag ist die Waschung sowie die Beerdigung sehr schwierig, da kein Hausmeister bzw. zuständige Person anwesend ist. (Es soll die vorhandene Heißwassertherme durch einen Durchlauferhitzer ersetzt werden. Die Stärke des Durchlauferhitzers muss für eine Waschung ausreichend sein)
- Zurzeit müssen die Angehörigen und Gäste bei einer Verabschiedung von Verstorbenen bei schlechtem Wetter (Regen, starke Sonne) draußen stehen. Es soll der gesamte gepflasterte Bereich vor dem Waschraum überdacht werden.
- Die Benutzung des Waschraumes muss für eine spontane Waschung (falls der Verstorbene in die Heimat überführt werden muss) zur Verfügung stehen.
- Die Parkplätze im nördlichen islamischen Friedhofsteil sollen erweitert werden, indem man von Haimbach aus kommend auch parken kann. Der Weg vom zentralen Friedhofsparkplatz ist sehr weit und für viele Angehörige zu weit entfernt.

Durch den stetigen Zuwachs an Zuwanderern und Fachkräften in der Stadt Fulda müssen wir feststellen, dass der Bedarf an islamischen Gräberplätzen in den letzten Jahren stark gestiegen ist.

Wir sind der Stadt Fulda dankbar, dass sie die Möglichkeit erschaffen haben, Menschen mit islamischen Glauben auf einem separaten und geeigneten Friedhof beerdigen zu können. Leider müssen wir feststellen, dass die Stadt Fulda es in der Vergangenheit versäumt hat, diesen Ort menschenwürdig in Stand zu halten. Weiterhin hat die Friedhofskommission bis zum heutigen Tag, obwohl der Ausländerbeirat einen Delegierten vorgeschlagen hat nicht zu einem Treffen eingeladen, um diese Angelegenheiten rechtzeitig zu besprechen und gegebenenfalls zu beseitigen.

Die Gestaltung und die Erweiterung des Friedhofes ist für die Migranten aus dem islamischen Raum sehr integrativ und fördert eine nähere Integration, indem er sich eher als Fuldaer sehen kann und fühlt sich als erstklassiger Bürger dieser Stadt.

Deshalb muss eine flächendeckende Dienstleistung in der Stadt Fulda gewährleistet werden. Dies ist Aufgabe einer familienfreundlichen Politik in der Stadt Fulda. Sollte keine Änderung in diesem Bereich stattfinden, hätte dies weitreichende, negative Konsequenzen für die Zukunft unserer Stadt und Integration der ausländischen Mitbürger.

Der gesellschaftliche Bedarf soll von der Stadt Fulda anerkannt und die Bereitstellung von derartigen Dienstleistungen gewährleistet werden.

Mit freundlichen Grüßen


Abdulkarim Demir
Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda


Ufuk Tekin
(Mitglied des Ausländerbeirates Fulda)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

220



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 07. April 2025

P. L.

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD-Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Pierre Lamely
(Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Berichterstatler

Datum

Pierre Lamely

04.04.2025

Mehr demokratischen Austausch ermöglichen - Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Änderung des §6 Abs. 3

Antragssteller: AfD - Stadtfraktion

Bisher

Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sind jederzeit außerhalb der Reihenfolge der Redeliste zu berücksichtigen. Ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schließung der Liste kann nur von einer/m Stadtverordneten gestellt werden, die/der bis dahin nicht zur Sache gesprochen hat. Das Wort zur Geschäftsordnung wird erteilt, sobald der/die jeweilige Redner /Rednerin seine/ihre Ausführungen beendet hat. Es soll nicht länger als fünf Minuten in Anspruch nehmen. Nach einem Antrag zur Geschäftsordnung hat der Stadtverordnetenvorsteher/die Stadtverordnetenvorsteherin das Wort zu einer Gegenrede zu erteilen. Gegen einen Antrag zur Geschäftsordnung darf nur einmal gesprochen werden. Stellungnahmen zu Sachfragen im Rahmen einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung sind unzulässig. Über den Antrag zur Geschäftsordnung lässt der Stadtverordnetenvorsteher/die Stadtverordnetenvorsteherin abstimmen.

Neu

Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sind jederzeit außerhalb der Reihenfolge der Redeliste zu berücksichtigen. Ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schließung der Liste kann nur von einer/m Stadtverordneten gestellt werden, die/der bis dahin nicht zur Sache gesprochen hat. Das Wort zur Geschäftsordnung wird erteilt, sobald der/die jeweilige Redner /Rednerin seine/ihre Ausführungen beendet hat. Es soll nicht länger als fünf Minuten in Anspruch nehmen. Nach einem Antrag zur Geschäftsordnung hat der Stadtverordnetenvorsteher/die Stadtverordnetenvorsteherin das Wort zu einer Gegenrede zu erteilen. Gegen einen Antrag zur Geschäftsordnung darf nur einmal gesprochen werden. Stellungnahmen zu Sachfragen im Rahmen einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung sind unzulässig. Über den Antrag zur Geschäftsordnung lässt der Stadtverordnetenvorsteher/die Stadtverordnetenvorsteherin abstimmen. **Vor der Abstimmung über einen Antrag auf Schluss der Debatte ist jeder Fraktion und jedem fraktionslosen Stadtverordneten, die/der zu dem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen hat, Gelegenheit zu einer Wortmeldung zu geben.**

Begründung:

Die aktuelle Praxis bei Anträgen auf Schluss der Debatte führt zu einer demokratisch bedenklichen Ungleichbehandlung von Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten. Dies wurde besonders deutlich in der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März 2025 bei der Debatte zur "Gemeinsamen Resolution zum 8. Mai 2025".

Bei dieser Sitzung stellte die Stadtverordnete Marie-Louise Puls (Grünen-Fraktion), deren Fraktion bereits mehrfach das Wort ergriffen hatte, den Antrag auf Ende der Debatte. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch Wortmeldungen der fraktionslosen Stadtverordneten Jürgen Reiner Schmidt sowie von Alain Kaffo vor, die beide bis dahin noch keine Gelegenheit hatten, sich zu dem Thema zu äußern. Durch die Annahme des Antrags wurden beide Stadtverordnete von der Debatte ausgeschlossen, obwohl sie vorbereitete Redebeiträge hatten.

Für die AfD-Fraktion scheint es ein Grundprinzip der Demokratie, dass alle gewählten Vertreter die Möglichkeit haben müssen, sich zu wichtigen politischen Fragen zu äußern. Dies gilt besonders bei einem Thema wie der "Gemeinsamen Resolution zum 8. Mai", die in ihrem eigenen Wortlaut betont, dass "der 8. Mai allen Bürgerinnen und Bürgern gehört, und alle sind eingeladen, sich an diesem Tag zu beteiligen". Die aktuell gezeigte Praxis steht im Widerspruch zu diesem inklusiven Anspruch.

Die Möglichkeit, einen Antrag auf Schluss der Debatte zu stellen, ist grundsätzlich ein wichtiges Instrument zur effizienten Gestaltung der Sitzungen. Dieses Instrument darf jedoch nicht dazu führen, dass einzelne Fraktionen oder Stadtverordnete von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Die vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung stellt sicher, dass einerseits die Effizienz der Sitzungen gewahrt bleibt, andererseits aber jede Fraktion und jeder fraktionslose Stadtverordnete zumindest einmal die Möglichkeit erhält, ihren/seinen Standpunkt darzulegen, bevor eine Debatte beendet wird.

Diese Änderung trägt somit zu einem fairen, ausgewogenen und wirklich demokratischen Diskurs in unserer Stadtverordnetenversammlung bei.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamély

- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

221



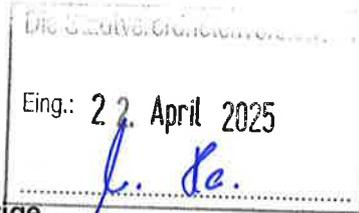
Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 16.04.2025

36037 Fulda



Verkaufsverbot von Lachgas an Minderjährige

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt ein Verkaufsverbot für Lachgas an Minderjährige nach dem Vorbild der Stadt Hanau.

Begründung:

In einem Beitrag der Hessenschau vom 25.03.2025 sowie in einer Notiz der Fuldaer Zeitung vom 26.03.2025 wurde berichtet, dass die Stadt Hanau als erste Stadt in Hessen den Verkauf von Lachgas (Distickstoffmonoxid) an Minderjährige verboten hat.

Unsere Fraktion hat dieses Thema bereits im vergangenen Jahr aufgegriffen. Damals berichtete der Magistrat, dass es keine rechtlichen Mittel gegen den Verkauf von Lachgas gebe.

Die Stadt Frankfurt hat inzwischen angekündigt, dass sie ebenfalls ein Verkaufsverbot prüft. Auch auf Bundesebene wird ein entsprechendes Verbot erwogen.

Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Antrag der AfD-Fraktion

sowie der fraktionslosen Stadtverordneten Dr. Bettina Licht, Alan Kaffo und Jürgen Rainer Schmidt



222

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 02 Mai 2025

l. K.

AfD– Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

03.04.2024

Achtung des demokratischen Selbstverständnisses aller gewählten Vertreter und Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. Die Stadtverordnetenversammlung Fulda bekräftigt ihr uneingeschränktes Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den darin verankerten Grundsätzen der Gleichheit, Fairness und Inklusion aller legitimierten demokratischen Kräfte.
2. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt an, dass gemäß rechtsstaatlichen Prinzipien alle in ihr vertretenen Parteien und Wählervereinigungen als demokratisch anzusehen sind, solange keine gegenteilige Feststellung durch das Bundesverfassungsgericht vorliegt – wie vom Regierungspräsidium Kassel als Rechtsaufsichtsbehörde ausdrücklich bestätigt wurde.
3. Die Stadtverordnetenversammlung verpflichtet sich, den von den Bürgerinnen und Bürgern durch demokratische Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen zu respektieren und keine Fraktionen oder Abgeordnete durch willkürliche, rechtlich unbegründete Kategorisierungen von der demokratischen Teilhabe auszuschließen.
4. Der Magistrat und die Stadtverordnetenvorsteherin werden aufgefordert, demokratische Grundwerte nicht nur in Worten zu propagieren, sondern auch durch tatsächlich gelebte demokratische Praxis vorzuleben, die keine politisch motivierte Ausgrenzung oder Stigmatisierung demokratisch legitimer Vertreter zulässt.

Begründung:

In einer Zeit, in der Demokratie weltweit unter Druck steht, kommt dem vorbildlichen demokratischen Miteinander auf lokaler Ebene besondere Bedeutung zu. In der Stadtverordnetenversammlung Fulda hat sich jedoch eine äußerst bedenkliche Praxis etabliert, bei der Vertreter bestimmter Fraktionen regelmäßig von "demokratischen

Parteien" sprechen und dabei eine willkürliche Unterscheidung zwischen vermeintlich "demokratischen" und "undemokratischen" Parteien schaffen – obwohl eine solche Unterscheidung jeder gesetzlichen oder institutionellen Grundlage entbehrt. Das **Regierungspräsidium Kassel** hat in seinem Bescheid vom 01.03.2024 (Geschäftszeichen RPKS - Z5-8 I_02_03_202401) gegenüber der AfD-Stadtfraktion unmissverständlich klargestellt:

"Eine gesetzliche oder institutionelle Unterscheidung zwischen demokratischen und undemokratischen Parteien existiert nicht."

Weiter stellt die Behörde fest:

"Insofern ist mit Blick auf die Beschwerdeführerin im rechtlich relevanten Sinne solange von einer demokratischen Partei auszugehen bis das Bundesverfassungsgericht keine anderweitige Feststellung trifft."

Ihren Höhepunkt fand diese demokratisch fragwürdige Praxis in der jüngsten Debatte zur "Gemeinsamen Resolution zum 8. Mai 2025", bei der nicht nur die AfD-Fraktion, sondern auch die fraktionslosen Abgeordneten von der Mitwirkung ausgeschlossen wurden und dies von einer antragsstellenden Fraktion damit begründet wurde, dass sich lediglich die „demokratischen Fraktionen“ verständigt hätten.

Solche Äußerungen offenbaren eine besorgniserregende Tendenz zur politischen Ausgrenzung, die demokratischen Grundprinzipien fundamental zuwiderläuft.

Besonders problematisch erscheint das Verhalten anderer Fraktionen im Zusammenhang mit der Resolution zum 80. Jahrestag des Kriegsendes. Während der Text betont, dass *"der 8. Mai allen Bürgerinnen und Bürgern gehört, und alle sind eingeladen, sich an diesem Tag zu beteiligen"*, wurden gleichzeitig die gewählten Vertreter von über 4.000 Fuldaer Bürgerinnen und Bürgern systematisch ausgeschlossen und in der Debatte als „undemokratisch“ stigmatisiert. Diese tiefe Diskrepanz zwischen demokratischer Rhetorik und undemokratischer Praxis ist für eine Gesellschaft, die sich auf die freiheitlich demokratische Grundordnung beruft, untragbar.

Wenn wir als Kommunalpolitiker über die Bedeutung demokratischer Werte sprechen, müssen wir diese Werte auch selbst leben. Die Entscheidung, welche demokratisch gewählten Vertreter als "echte Demokraten" anerkannt werden und welche nicht, steht weder einzelnen Parteien noch der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu – sie ist ausschließlich dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten.

Dieser Antrag bietet der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit, zu beweisen, dass ihr Bekenntnis zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit mehr ist als bloße Lippenbekenntnisse. Ein gemeinsames „Ja“ zu diesem Antrag setzt daher ein kraftvolles Signal für eine wirklich gelebte Demokratie in unserer Stadt.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Darnley
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

unterstützt durch die fraktionslosen Abgeordneten:


Dr. Bettina Licht


Alain Kaffo


Jürgen Rainer Schmidt



SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schlosstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Mai 2025

[Handwritten signature]

12.05.2025

A N T R A G

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

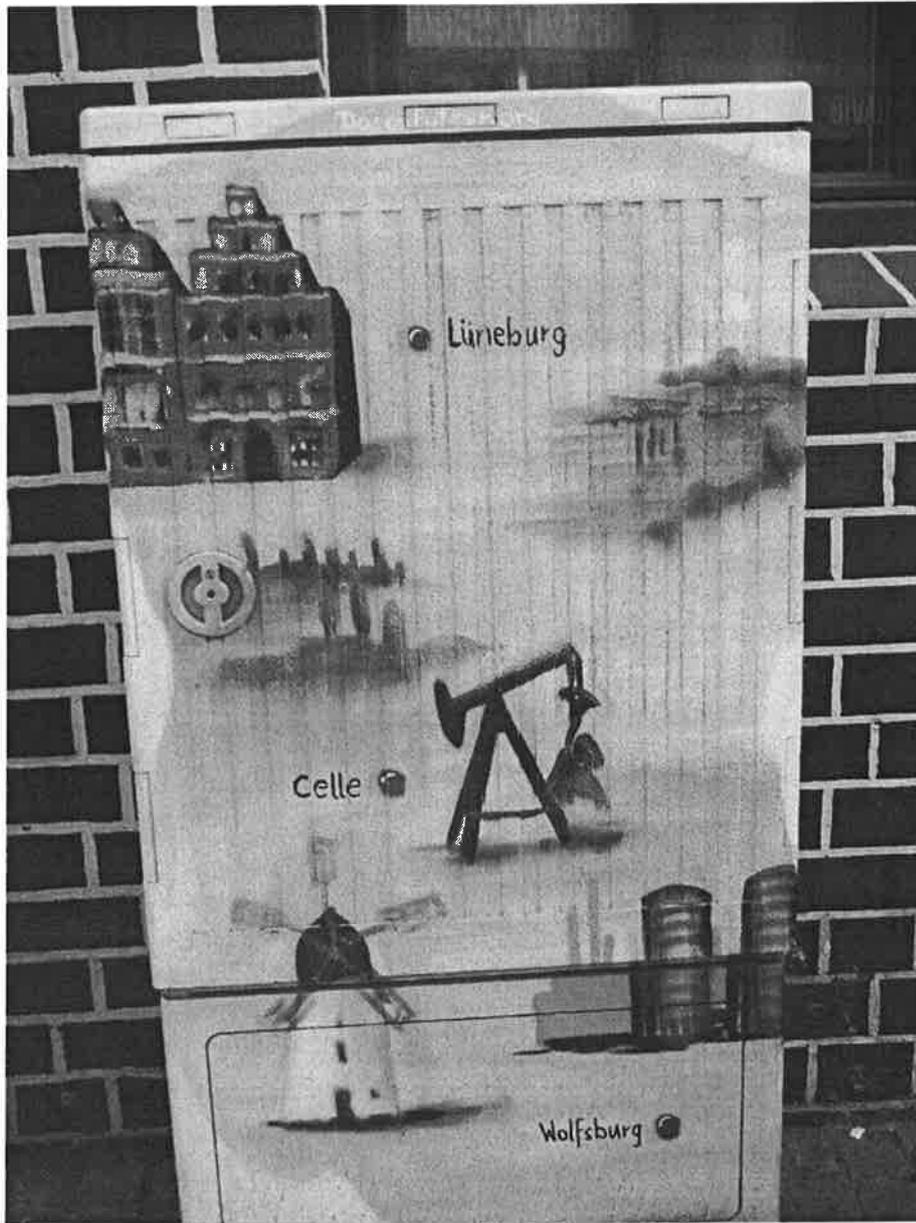
mit den Betreibern der Strom- und Telekommunikationskästen im Innenstadtbereich Verhandlungen aufzunehmen, damit die Stadt diese künstlerisch gestalten lassen kann.

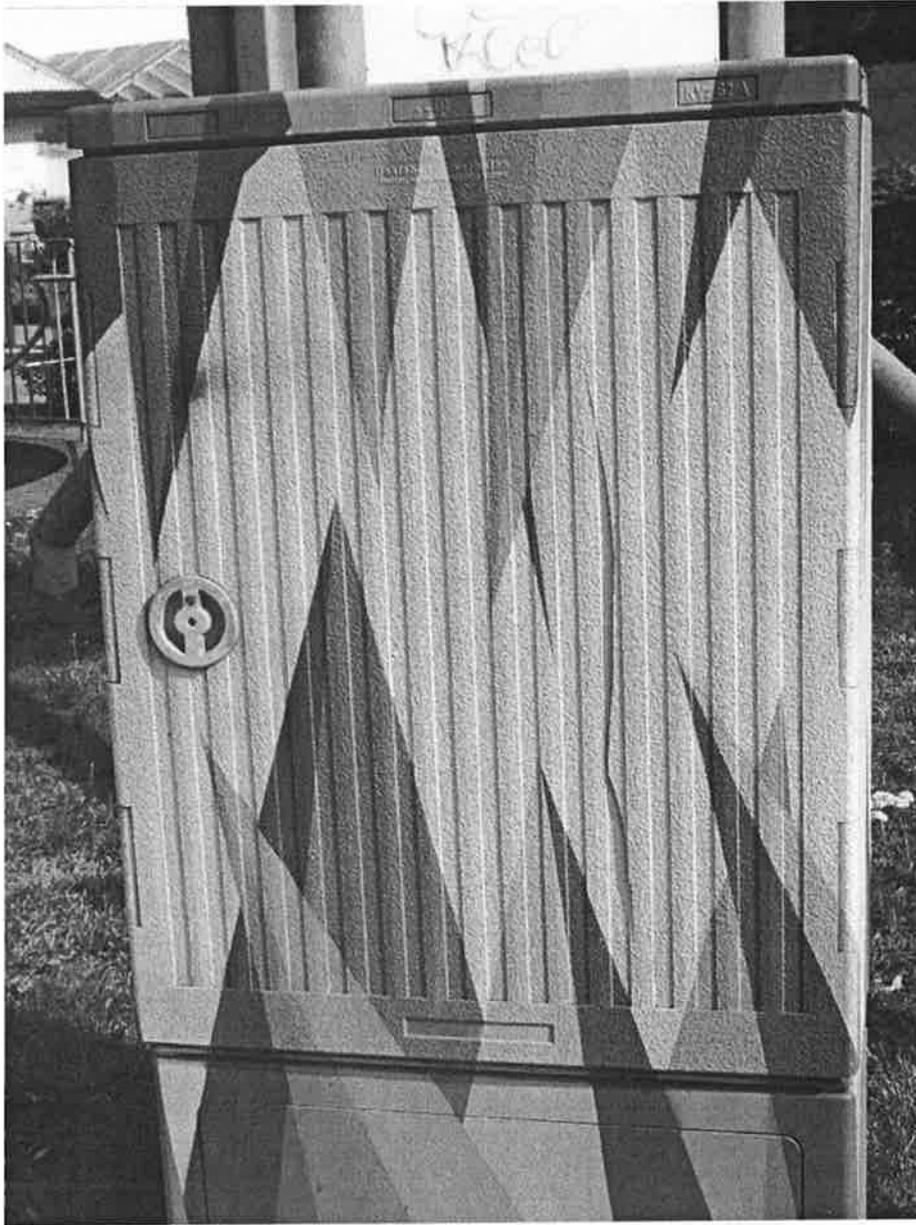
Begründung:

Wie man diese tristen Kästen gestalten, kann man in der Bahnhofsstraße beobachten. Damit diese Verteilerkästen im gesamten Innenstadtbereich optisch aufgewertet werden können, soll sich die Stadt Fulda die Erlaubnis der Betreiber besorgen. Die Gestaltung könnte durch einen Ideenwettbewerb erfolgen, der vom Magistrat initiiert und gefördert wird. Beispielhaft kann so etwas in der Stadt Lüneburg angeschaut werden (s. Anlage).

Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter
Eric Wettels







224

SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda, Schlosstraße, 5 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 13. Mai 2025
h. h.

Schlosstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
spd-fraktion.fulda@t-online.de
08.05.2025

ANTRAG

Nachdem die Friedrichstraße vor einigen Wochen neu gepflastert wurde, beantragt die SPD/Volt-Fraktion ein Verkehrskonzept für diesen Bereich zu erstellen. Das Verkehrskonzept soll ermöglichen, dass die Friedrichstraße als dauerhafte Fußgängerzone ausgewiesen wird.

Ferner soll eine Freigabe in beide Richtungen für Fahrradfahrer erfolgen.

Zu prüfen ist auch, ob in diesem Bereich kleinere Grünflächen angelegt werden können.

Bestehende Konzepte sind dem zuständigen Ausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Verkehr zur Abstimmung vorzulegen.



Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
Robert Vey

225

Dipl.-Inform. (FH) Jürgen Rainer Schmidt
Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Fulda

BfO

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 17. Mai 2025

J. R.

BfO-Pressestelle
Künzeller Str. 15 B
36043 Fulda

j.schmidt@bfo-fulda.de
Mobil: 0171 4467 980

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Fulda, 13.05.2025

Antrag zur SVV am 26.05.2025

Lfd. Nr. (BfO)

Pauschale Diffamierung unterbinden

SV3.2 / 2025

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

aufgefallen sind in Stadtteilen (so z.B. in Niederrode) ausgehängte Plakate des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales mit der Aufschrift: „Jeder dritte Mann findet Gewalt gegen Frauen akzeptabel. – Die anderen beiden diskutieren, ob die Statistik stimmt.“

Es wird **beantragt**, diese Plakate und ggf. ausgelegte Flyer identischen Inhalts zeitnah entfernen zu lassen.

Begründung: Auch ohne mathematisches Hochschulstudium lässt sich erkennen, dass in diesem Fall tatsächlich nahegelegt wird, alle Männer ($3/3 = 100\%$) würden Gewalt gegen Frauen akzeptieren oder seien ihr gegenüber empathielos und gleichgültig, was im Ergebnis einer pauschalen Diffamierung gleichkommt.

Bereits die nicht zu belegende Unterstellung, ein Drittel aller Männer fände Gewalt gegen Frauen akzeptabel, ist empörend und dazu geeignet, den öffentlichen und sozialen Frieden zu stören, Abhilfe ist geboten.



Hochachtungsvoll
Jürgen R. Schmidt



soziales.
hessen.de

≡ Menü

🔍 Suche

Medienraum

Themen A-Z

Presse

**Jeder dritte Mann findet Gewalt
gegen Frauen akzeptabel.**

**Die anderen beiden diskutieren,
ob die Statistik stimmt.**

... und was tust DU?

© HMSI

226



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

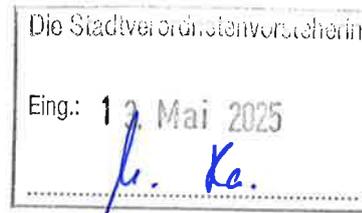
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 23.01.2023

Antrag Bollerwagen-Verleih zum Hessentag – familienfreundlich und nachhaltig

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt für die Durchführung des Hessentags die Einrichtung eines kostengünstigen Bollerwagen-Verleihsystems durch die Stadt Fulda.

Begründung:

Der Hessentag ist ein Veranstaltungsformat mit starker Familienorientierung. Um dem Anspruch der Stadt als familienfreundliche Gastgeberin gerecht zu werden, soll ein Leihangebot für Bollerwagen geschaffen werden. Dieses niedrighwellige, sympathische und gleichzeitig praktische Angebot kann den Besuch für viele Menschen deutlich angenehmer gestalten.

Ein solcher Verleih:

- erleichtert den Transport von Kindern, Taschen oder Verpflegung auf dem Veranstaltungsgelände,
- unterstützt Menschen mit eingeschränkter Mobilität,
- erhöht die Aufenthaltsqualität für alle Besuchergruppen,
- kann über ein Pfandsystem oder in Kooperation mit lokalen Trägern organisiert werden,
- und lässt sich in ein nachhaltiges Veranstaltungskonzept integrieren – z. B. durch robuste, langlebige Modelle aus Holz oder Recyclingmaterial.

Aylin Hunold

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

227



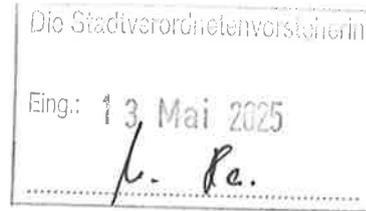
Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 29.04.2025

36037 Fulda

Antrag: Familienfreundliche Eintrittspreise für das Sportbad Rosenau

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Stadt Fulda über die Bäderbetriebsgesellschaft darauf hinwirkt, die Eintrittspreise für das Sportbad Rosenau familienfreundlicher zu gestalten.

Folgende Maßnahmen sollen umgesetzt werden.:

1. Die Familiensaisonkarte gilt ab sofort auch für Familien mit mehr als drei Kindern.
2. Alleinerziehende erhalten einen angemessenen Preisnachlass auf die Familiensaisonkarte.

Begründung:

Die Familiensaisonkarte im Sportbad Rosenau gilt bisher nur für Eltern mit maximal drei Kindern, jedes weitere Kind kostet extra. Diese Regelung benachteiligt kinderreiche Familien und steht im Widerspruch zu einer familienfreundlichen Stadtpolitik. Besonders in Zeiten steigender Kosten sollten Familien entlastet werden, das gilt umso mehr für kinderreiche Familien.

Das Sportbad Rosenau bietet zwar Familienkarten an, berücksichtigt dabei jedoch nicht die besondere Situation von Alleinerziehenden, da es keine speziellen Tarife gibt. Wer alleine mit Kindern kommt, zahlt daher verhältnismäßig mehr als Familien mit zwei Elternteilen. Ein angemessener Preisnachlass für Alleinerziehende trägt dieser Situation Rechnung.

Beate Tillmann-Mohr

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender Bündnis90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

228



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 09.05.2025

36037 Fulda

Antrag Hessentagsbäume – Grünes Erbe für unsere Stadt

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt zum Hessentag 2026 das nachhaltige Baumpflanzprogramm „Hessentagsbäume – Grünes Erbe für unsere Stadt“. Im Rahmen des Programms verschenkt die Stadt an interessierte Fuldaer Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Schulen und andere Institutionen heimische und bienenfreundliche Obstbäume und Sträucher zur Pflanzung. Die Empfänger:innen übernehmen Patenschaften für die Bäume und Sträucher und verpflichten sich zur Pflege der Pflanzen in Fuldaer Gärten, Streuobstwiesen und an weiteren Orten der Stadt.

Begründung:

Fulda schreibt in der Bewerbung zum Hessentag 2026, dass die Stadt Gastgeberin für einen attraktiven, nachhaltigen, klimafreundlichen und umweltbewussten Hessentag sein möchte und den Hessentag als Chance für eine nachhaltige Stadtentwicklung sieht. Das Programm "Hessentagsbäume" hätte weit über die Festtage hinaus Bestand und erfüllt alle Kriterien von attraktiver Nachhaltigkeit. Denn die „Hessentagsbäume“ leisten einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Förderung der Biodiversität in unserer Stadt, da sie CO2 binden und Insekten und anderen Tieren Lebensraum bieten. Und sie verbessern das Stadtklima.

Das Programm fügt sich nahtlos in die Klimaschutzziele unserer Stadt ein und stärkt das Image als umweltbewusste Kommune.

Beate Tillmann-Mohr

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

229



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Eing.: 1 3. Mai 2025

Fulda, 09.05.2025

36037 Fulda

Antrag Hitzeschutz beim Hessentag

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, auf den Veranstaltungsplätzen während des Hessentages für ausreichende Schattenplätze zu sorgen.

Begründung:

Durch den Klimawandel und die damit einhergehenden Extremtemperaturen gewinnt der Hitzeschutz in den Städten zunehmend an Bedeutung.

Gerade für ältere Menschen und Kinder stellt der Mangel an ausreichenden Schattenplätzen eine gesundheitliche Bedrohung dar.

Besonders auf den vorgesehenen Veranstaltungsplätzen muss daher für ausreichenden Schutz gesorgt werden.

Hier sollten durch den Aufbau temporärer Sonnendächer, sogenannter „Stretch-Tents“, schattige Bereiche geschaffen werden. Diese „Stretch-Tents“ sind nicht nur optisch ansprechend, sondern bieten auch einer größeren Anzahl von Menschen Schutz vor Sonne und Regen. Alternativ wären auch große Sonnenschirme denkbar.

Zusätzlich könnten diese „Schattenoasen“ durch die Aufstellung von Pflanzen oder Bäumen in Pflanzkübeln weiter verschönert werden

Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

230



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 09.05.2025

36037 Fulda

Antrag Kulturkalender Fulda

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, dass die Stadt einen übergeordneten Kulturkalender für Fulda zur Verfügung stellt, in den Vereine und Institutionen ihre Veranstaltungen eintragen können.

Begründung:

In Fulda finden viele kulturelle Veranstaltungen statt, die unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Musik, Kunst, Politik, Wirtschaft, Religion und Geschichte – für Interessierte findet sich ein großes Angebot. Die Stadt Fulda selbst, die Museen, der Geschichtsverein, die Winfridia und die Chöre am Dom, die Musikschule, das Schlosstheater, das Bistum, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit GCJZ, die Katholische Akademie und viele mehr tragen zu diesem reichhaltigen Angebot bei. Das ist gut!

Weniger gut ist es, dass es keinen übergeordneten Kulturkalender gibt, in den Veranstalter ihre Veranstaltungen eintragen können. So kommt es immer wieder zu Überschneidungen oder der Frage, für welche Veranstaltung man sich bei doppelt belegten Terminen nun entscheiden soll. Das könnte die Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, indem sie einen Kulturkalender anbietet, in den Vereine und Institutionen ihr Angebot eintragen können.

Es gäbe sogar schon ein Tool, die man mit vermutlich wenig Aufwand entsprechend umnutzen könnte: Die VHS nämlich stellt ihren Referenten ein Kalender-Tool zur Verfügung, in dem diese ihre Kurse innerhalb einer Maske – also standardisiert – eintragen. Den Zugang erhalten nur Referenten. Die Stadt könnte also auch bei einem Kulturkalender entscheiden, wem sie diesen zugänglich macht. Außer dem Hosten des Kalenders fällt kaum Arbeit an, da das Eintragen den Vereinen und Institutionen obliegt. Und für Fuldaerinnen und Fuldaer wäre es eine Bereicherung

Jutta Hamberger

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

231



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 09.05.2025

36037 Fulda

Antrag Radfreundlicher Hessentag 2026 – nachhaltige Mobilität fördern

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, ein umfassendes Radkonzept für die Förderung des Radverkehrs während des Hessentags 2026 in Fulda zu entwickeln und umzusetzen.

Begründung:

Der Hessentag 2026 in Fulda soll als klimaneutrales Landesfest einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Ein wesentlicher Baustein hierfür ist die nachhaltige Mobilität der Besucherinnen und Besucher. Das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel bietet sich hierfür besonders an.

Damit die Anreise per Rad attraktiv ist, sollen Radrouten zum Hessentags-Gelände ausgeschildert sein. Außerdem sollten ausreichende, sicher und kostenlos nutzbare Fahrradabstellanlagen in vergleichbarer Ausführung und Qualität geschaffen werden wie sie auf der Landesgartenschau 2023 zur Verfügung gestanden haben. In einer Broschüre „Mit dem Rad zum Hessentag“ wird über alle relevanten Informationen zu Radrouten, Abstellmöglichkeiten, Serviceangebote und über Lademöglichkeiten für E-Bikes informiert. Und natürlich werden die radrelevanten Informationen auch auf der offiziellen Hessentags-Website aufgeführt.

Beate Tillmann-Mohr

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

232



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 09.05.2025

36037 Fulda

Antrag Stadtgeschichte erlaufen – Fenster in Fuldas (Kultur)Geschichte

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

History by Walking: die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Stadt an historischen Gebäuden Schilder aufstellt (natürlich über QR-Codes auch digital verknüpft), die Fuldaerinnen und Fuldaern wie auch Besuchern unserer Stadt deren Hausgeschichte vermittelt. Denn Häuser sind wie Gesichter einer Stadt und erzählen viele Geschichten. Beim Spaziergang durch die Stadt kann man so tiefer in die Geschichte eintauchen. Eine gute Basis dafür bieten in dem Denkxweb katalogisierten Gemälde (siehe dazu Bericht der FZ vom 02.05.25).

Begründung:

Fulda ist eine traditionsreiche und geschichtsbewusste Stadt. Dass Fürststäbte und die Barockzeit sie besonders geprägt haben, wissen wahrscheinlich viele, aber Fulda ist mehr als Dom, Stadtschloss und Barockviertel. Michael Mott hat das vorbildhaft mit seinen „Fuldaer Köpfen“ gemacht, es wäre an der Zeit, ein vergleichbares Projekt im wörtlichen Sinn auf die Straße zu bringen.

Angeregt durch ein ähnliches Projekt in Arzell (vgl. FZ vom 14.04.25) und die Neuerfassung von 200 fuldischen Kulturdenkmälern im Denkxweb Hessen wollen wir, dass man beim Schlendern durch Fulda viel mehr Hintergrundwissen zur Hausgeschichte historischer Gebäude erhält und auch etwas über die Menschen erfährt, die darin lebten. Das ist Geschichte in unterhaltsam, und trägt zur Identifikation mit seiner Stadt bei.

Jutta Hamberger

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

233



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 30.03.2025

Berichtsantrag Ausbau Ladeinfrastruktur aus dem Elektromobilitätskonzept

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt einen Bericht über den Ausbau der Ladepunkte für Elektrofahrzeuge in Fulda. Hierbei sollen Stärken und Schwächen dargestellt werden um die Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzepts, besonders in den Handlungsfeldern der öffentlichen Verwaltung, entsprechend anpassen zu können.

Begründung:

Das Elektromobilitätskonzept Stadt Fulda („Konzept zum Aufbau einer bedarfsorientierten Ladeinfrastruktur in Fulda“) wurde 2021 verabschiedet. Aus der hierfür zugrunde gelegten Analyse geht hervor, dass öffentliche Ladevorgänge nur einen kleinen Teil (8-10%) der Ladevorgänge ausmachen. Eine große Bedeutung hat demnach der Ausbau von Ladeinfrastruktur in Haushalten, Unternehmen und im halböffentlichen Bereich. Die Stadt hat für sich hieraus verschiedene Aufgaben abgeleitet (Kapitel 9.1 – 9.8) mit der Konzentration auf die Bereiche Koordination, Kommunikation und Sensibilisierung von Privatpersonen und Unternehmen für diese Aufgabe.

Bei Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept stehen diese Bereiche ebenfalls im Fokus. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht dringend erforderlich die gemachten Erfahrungen zu evaluieren.

Steffen Pichl

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

234



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 22.04.2025

36037 Fulda

Prüfantrag zur Digitalen Souveränität in der Stadtverwaltung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt eine umfassende Prüfung durchzuführen, in welchen Bereichen der Stadtverwaltung Software eingesetzt werden kann oder bereits eingesetzt wird, die den Anforderungen des Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung GmbH (ZenDiS) an Digitale Souveränität entspricht.

Begründung:

Angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen und der damit verbundenen Unsicherheiten im Hinblick auf die Abhängigkeit von US-amerikanischen Cloud-Dienstleistern, ist es von entscheidender Bedeutung, die digitale Souveränität der Kommunen zu stärken. Die Nutzung von Technologien und Plattformen, die unabhängig von internationalen Einflussnahmen sind, ist ein zentraler Schritt in diese Richtung.

Das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung GmbH (ZenDiS) bietet zum Beispiel mit der Softwareplattform openDesk eine vielversprechende Alternative, die speziell darauf ausgelegt ist, die Datenhoheit und Unabhängigkeit von externen Anbietern zu gewährleisten. Diese Plattform könnte eine Möglichkeit darstellen, die digitale Infrastruktur unserer Kommune zukunftssicher und resilient zu gestalten.

Dadurch ergeben sich u.a. folgende Vorteile:

- Reduzierung der Abhängigkeit: Die derzeitige Abhängigkeit von US-amerikanischen Dienstleistern birgt Risiken, insbesondere im Hinblick auf Datenschutz und politische Einflussnahme. Mit souveräner Software könnten wir diese Abhängigkeit signifikant verringern.
- Förderung der Sicherheit: Durch die Nutzung einer von der Bundesregierung bereitgestellten Plattform wird ein hohes Maß an Sicherheit und Datenschutz gewährleistet, das den Anforderungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) entspricht.
- Maßgeschneiderte Lösung für Verwaltungsprozesse: Bei der Nutzung von Open-Source Modellen, sind die Anwender als Teil der Community durch Feedbackprozesse im Softwareentwicklungsprozess eingebunden und können so Verbesserungsvorschläge einbringen, die die Software an eigene Bedürfnisse anpasst.

- Stärkung der lokalen Wirtschaft: Bei der Implementierung von Open-Source-Software können lokale IT-Dienstleister einbezogen werden und fördern somit die regionale Wirtschaft.

Zentrale Fragen einer Prüfung beinhalten unter anderen:

- Technische Machbarkeit: An welchen Stellen ist die bestehende IT-Infrastruktur der Stadt Fulda bereits kompatibel mit den Anforderungen von validierten Open-Source-Lösungen? Falls nicht, welche Investitionen sind erforderlich, um eine Nutzung zu ermöglichen?
- Sinnhaftigkeit: An welchen Stellen ist der Einsatz von validierten Open-Source-Lösungen sinnvoll?
- Anpassbarkeit: An welchen Stellen ist der Einsatz von validierten Open-Source-Lösungen durch zusätzliche Anpassungen an der Software möglich?
- Benutzerfreundlichkeit: Wie benutzerfreundlich ist der Einsatz von validierten Open-Source-Lösungen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung?
- Finanzielle Aspekte: Welche finanziellen Einsparpotenziale ergeben sich durch den Einsatz von validierten Open-Source-Lösungen insbesondere in der Gegenüberstellung von Lizenzkosten und Wartungsaufwand?

Steffen Pichl

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ernst Sporer', with a long horizontal flourish extending to the right.

i.V. Ernst Sporer
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadfraktion Fulda